

# Einführung

Thomas Haslböck

*„Eingedenk der unheilvollen parteipolitischen Zersplitterung der Vergangenheit, haben sich Männer und Frauen aller Berufsstände aus einst getrennten politischen Lagern zu einer machtvollen Sammelbewegung zusammengeschlossen, deren Ziel es ist, die aus tausend Wunden blutende Heimat im Geiste des Christentums und einer wahren sozialen Gesinnung wieder aufzurichten.“*

Aus Die zehn Punkt der Christlich-Sozialen Union  
vom 31. Dezember 1945

In ihren Anfängen verstanden sich die Unionsparteien explizit als Sammelbewegung unterschiedlicher politischer Strömungen. Die ideologischen und parteipolitischen Spaltungen innerhalb des demokratischen Lagers hatten in der Weimarer Republik mit zur nationalsozialistischen Machtergreifung beigetragen. Viele später führende Unionspolitiker waren im Dritten Reich der Verfolgung ausgesetzt. Aus der Perspektive des Konzentrationslagers erschienen ihnen die früheren Zerwürfnisse geradezu bedeutungslos. Daraus zogen sie nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Konsequenzen: Keine neue Weltanschauungspartei wollten sie gründen, sondern eine wirkliche Union demokratisch gesinnter Kräfte, wenn auch mit christlicher Grundausrichtung.<sup>1</sup>

Gerade in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz waren CSU und CDU daher immer wieder gezwungen, Debatten grundsätzlicher Natur zu führen. Das Verhältnis zwischen christlichen, liberalen und konservativen Einflüssen erforderte eine fortwährende Vermittlung, da ihre unterschiedlichen geistesgeschichtlichen Traditionen nicht ohne Weiteres miteinander vereinbar sind. Kompromisse waren unvermeidlich und nicht auflösbare Spannungen mussten schlicht hingenommen werden. Die fehlende Dominanz einer einzelnen Strömung wird besonders im Verhältnis der verschiedenen Einflüsse zueinander deutlich:

- *Christliche Ausrichtung.* Indem sie sich explizit überkonfessionell verstand, setzte die Union einen neuen Akzent in der deutschen Parteienlandschaft. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei adressierten zu Zeiten der Weimarer Republik lediglich die katholische Wählerschaft und besaßen darüber hinaus einen stark antiprotestantischen Zug.<sup>2</sup> Ein Pendant auf evangelischer Seite existierte nicht, weshalb das protestantische Elektorat sich zunächst auf mehrere Parteien verteilte und später der NSDAP außerordentliche Stimmgewinne einbrachte.<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund schien es unabdingbar, künftig auch evangelischen Christen eine politische Heimat zu bieten. Deren Integration in die neue Partei war ohne einen Richtungsstreit (Josef Müller / Alois Hundhammer)<sup>4</sup> und

1. Vgl. Maier 2007, S. 75 f.

2. Vgl. Rödder 2019, S. 33.

3. Vgl. Kimmel 2008, S. 186, 189.

4. Vgl. Burtscheidt 2020, S. 24 f. bzw. Waigel 1995, S. 19.

Zugeständnisse des katholischen Lagers nicht zu haben. Letztlich traf man sich in der Mitte: Die den politischen Katholizismus prägende Naturrechtslehre wurde auf ein für Protestanten gerade noch erträgliches Maß zurückgeschnitten.<sup>5</sup>

- *Liberaler Ausrichtung.* Der Arbeitnehmerflügel der Union orientierte sich stark an der katholischen Soziallehre, welche er gleichermaßen als Bollwerk gegen marxistische und liberale Ideen betrachtete. Der Liberalismus hatte sich aus dieser Perspektive durch seine Rolle im Kulturkampf desavouiert. Entsprechend reserviert reagierten viele Arbeitnehmer auf den Erfolg ordoliberalen Ideen in Gestalt der Sozialen Marktwirtschaft, die zudem auf einer protestantischen Ethik gründeten. Die von den Ordoliberalen geübten Kritik am ‚Versorgungsstaat‘ führte zu harten Gegenreaktionen.<sup>6</sup> In den folgenden Jahrzehnten hielten sich beide Strömungen gegenseitig in Schach, ohne dass es seither zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen wäre.<sup>7</sup>
- *Konservative Ausrichtung.* Der deutsche Konservatismus war traditionell illiberal ausgerichtet<sup>8</sup> und hatte daher mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges seine Überzeugungskraft verloren.<sup>9</sup> Der Versuch, mit der Deutschen Partei eine eigene konservative Kraft zu etablieren, scheiterte. Anfang der 1960er Jahre hatte sich die Union den Alleinvertretungsanspruch für das demokratische Spektrum rechts der Mitte erarbeitet. So erbe sie auch das konservative Wählerklientel.<sup>10</sup> Seither wird diskutiert, was Konservatismus unter den Bedingungen einer liberalen Demokratie bedeuten kann. Bereits in den späten 1950er Jahren wurde zur Beantwortung dieser Frage auf das britische Begriffsverständnis in der Tradition Edmund Burkes rekurriert.<sup>11</sup> Diese moderat nach rechts tendierende liberalkonservative Positionierung geriet später in ein latentes Spannungsverhältnis zum Begriff der ‚Mitte‘.<sup>12</sup>

Die Union – so zeigt sich – war nie ein weltanschaulich monolithischer Block und es wäre eine Illusion zu glauben, die skizzierten Aushandlungsprozesse seien mittlerweile an ein Ende gekommen. In regelmäßigen Abständen wiederholen sich die Debatten um die Bedeutung des „C“ in einer heterogenen Gesellschaft, die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Arbeitnehmer- und dem Wirtschaftsflügel der Partei sowie die Frage, ob der Konservatismus überhaupt ‚Markenkern‘ der Union sei. In diesem Sinne ist sie immer Sammelbewegung geblieben – oder eben eine Volkspartei, die ihre integrative Kraft aus den vielfältigen Einflüssen zieht, welche sie konstituieren.

5. Vgl. Maier 2007, S. 80.

6. Vgl. Rödder 2019, S. 34.

7. Vgl. Wolkenstein 2025, S. 312.

8. Was allerdings nicht bedeutet, dass sich der Konservatismus per se dem Nationalsozialismus angedient hätte. Die Männer vom 20. Juli 1944 etwa rekrutierten sich maßgeblich aus konservativen Kreisen. Vgl. Kroll 2009, S. 15.

9. Diskreditiert hatten sich die konservativen Führungseliten durch ihr Mitwirken an Hitlers Machtergreifung. Zur Schwäche des Konservatismus in der jungen Bundesrepublik trug jedoch auch bei, dass ihm mit dem Verlust der Ostgebiete sein traditionelles Sozialmilieu verloren ging und es in der nivellierten Mittelstandsgesellschaft keine Klassenordnung mehr gab, auf die er sich hätte beziehen können. Vgl. ebd., S. 16 ff.

10. Vgl. Schmitz 2009, S. 135.

11. Vgl. Oppermann.

12. Vgl. Rödder 2019, S. 35.

Diese Vielfalt ist also – auch in ihrer Widersprüchlichkeit – eine Stärke der Union. Es empfiehlt sich daher, sie von Zeit zu Zeit reflexiv zu konsultieren. Dazu will der vorliegende Band einen Beitrag leisten. In vier Schritten widmet er sich dem Wertefundament von CSU und CDU und verbindet dabei das Grundsätzliche mit dem Konkreten.

Der **erste Teil** beschäftigt sich mit den großen, eben schon genannten geistesgeschichtlichen Strömungen, auf denen die Union fußt und befragt sie nach ihren Implikationen für heute. Diese Strömungen lassen sich als Systeme gegeneinander ausbalancierter Werte verstehen. Zwar besitzt die Politik als autonomes Funktionssystem eigene Gesetzmäßigkeiten, sie muss sich jedoch an bestimmten Maßstäben orientieren, von denen her sich ihre Entscheidungen als gut begründen lassen. Eine solche Richtschnur bietet laut **Ursula Nothelle-Wildfeuer** die christliche Soziallehre. Sie stellt den Menschen und seine unveräußerliche Würde in den Mittelpunkt und begreift ihn zugleich als relationales Wesen, das in Beziehung zu Gott, seinen Mitmenschen und der Natur steht. Aus diesem „integralen Humanismus“ leiten sich richtungsgebende Sozialprinzipien ab: Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit. Nothelle-Wildfeuer warnt jedoch davor, diese Grundsätze als starre Maximen zu missverstehen. Vielmehr handelt es sich um Orientierungspunkte, die in einer komplexen Wirklichkeit selbst in Spannung zueinander geraten können. Sie in konkrete, komplementäre Normen zu übersetzen, bleibt daher die Aufgabe einer umsichtigen Politik.

Für **Gerhard Wegner**, der aus einer liberalen Perspektive argumentiert, besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Erstarken des Rechtspopulismus und dem Vordringen eines ökonomischen Regulations- und Subventionsstaates. Verschwimmen die Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft, entstehen Funktionsdefizite, die sich insbesondere in Phasen wirtschaftlicher Stagnation negativ auf die Reputation des demokratischen Systems auswirken. Die in solchen Situationen eigentlich gebotenen Deregulierungsmaßnahmen erzeugen jedoch ökonomische Kurzzeitverlierer und politische Enttäuschungen. Die Angst vor schlechten Wahlergebnissen führt so zur Fortsetzung einer defizitären Wirtschaftspolitik. Indem das System so den Eindruck eigener Problemlösungsunfähigkeit verstärkt, profitieren jene Kräfte, die es grundsätzlich ablehnen und sich zugleich des Staates bedienen wollen, um es zu überwinden. Dem lässt sich laut Wegner nur eine Politik entgegensetzen, die darauf zielt, Gesellschaft und Wirtschaft vor staatlicher Bevormundung zu bewahren.

**Dorian Winter** komplettiert den ersten Teil des Bandes, indem er die Umriss eines zeitgemäßen Konservatismus nachzeichnet. Ihm zufolge verhandelt Politik nicht bloß Positionen, sondern auch jene Deutungshoheiten, welche diese Positionen erst plausibel machen. Es bedarf daher einer Selbstvergewisserung darüber, woraus sich die Plausibilität konservativer Standpunkte grundsätzlich ergibt. Vor allem begreift konservatives Denken die realen Gegebenheiten nicht als bloße Verfügungsmasse, die sich nach dem Bilde einer abstrakten Idee formen ließe. Entsprechend verzichtet der Konservatismus auf deduktive Leitideen und auf Politikformen, die auf disruptive Brüche zielen. Das Vorgefundene ist ihm vielmehr eine Tatsache, die es stets mitzudenken gilt – als der Hintergrund, vor dem jede Reform stattfindet. Damit geht ein verantwortungsvoller und ganzheitlicher Umgang mit der eigenen Geschichte einher – rechtsextreme Schlussstrich-Forderungen sind dem Konservativen fremd. Sie würden jene „tradierte Vertikale“ verleugnen, in welcher der Mensch mit seinen vielfältigen Bezügen steht. Diese Vertikale stärker zu betonen, so Winter, könnte den spezifisch konservativen Beitrag zu einem Humanismus der Gegenwart ausmachen.

Der **zweite Teil** widmet sich konkreten Wertepaaren, die auf den ersten Blick in Widerstreit zueinander stehen. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie sie sich aus christlicher, liberaler oder konservativer Perspektive so austarieren lassen, dass sie politisch fruchtbar werden. **Franz-Josef Bormann** geht in seinem Beitrag dem Verhältnis von Freiheit und Verantwortung nach. Dabei stellt er eine besorgniserregende Verschiebung von einem aufgeklärten Freiheitsverständnis hin zu einem Konzept autonomistischer Beliebigkeit fest. Die Frage nach der objektiven Richtigkeit einer Handlung weicht immer mehr der Vorstellung, dass das bloße individuelle Wollen bereits Quelle normativer Ansprüche ist – und daher auch keiner weiteren Begründung bedarf. Das hat unmittelbar praktische Auswirkungen, wie Bormann sodann am Umgang mit Schwangerschaftskonflikten und der freien Wahl des eigenen Geschlechts zeigt. Abschließend plädiert er für ein Konzept „verantworteter Freiheit“, das Personalität, Gemeinwohl und die Verantwortung von Staat und Gesellschaft zusammendenkt.

Die Relation von Gerechtigkeit und Gleichheit betrachtet sodann **Elmar Nass**. Während die Gerechtigkeit dabei ein unbedingtes Ziel darstellt, liegen die Dinge bei der Gleichheit komplizierter. Sie kann – in verschiedenen Hinsichten – entweder als absoluter oder als relativer Wert interpretiert werden. Von der konkreten Einschätzung hängt wesentlich ab, was eine Denktradition unter sozialer Gerechtigkeit versteht. Politisch ist das unmittelbar relevant: Wird etwa die absolute Gleichheit in der Menschenwürde verneint, so erscheint plötzlich eine massive Ungleichbehandlung als gerecht. In kommunistischen Staaten werden aus diesem Grund vermeintliche Klassenfeinde ausgeschlossen. Dafür wird die Gleichheit in Bezug auf die konkreten Lebensverhältnisse verabsolutiert, woraus eine Uniformierung der Gesellschaft folgt. Nass vertritt demgegenüber einen christlich-sozialen Ansatz, der die Unbedingtheit der Menschenwürde als Grundlage sozialer Gerechtigkeit betont. Einerseits muss dann jedem Menschen dieselbe Chance gegeben werden, seine Persönlichkeit zu entfalten. Andererseits ist aber auch jeder selbst dafür verantwortlich, wie er diese Chance nutzt. Eine aus Leistung erwachsende Ungleichheit ist darum nicht per se ungerecht.

**Harald Seubert** sucht in seinem Beitrag nach Wegen, das Spannungsverhältnis zwischen Tradition und Innovation produktiv zu machen. Dabei zeigt sich, dass beide Orientierungen einander nicht entgegenstehen, sondern sich ergänzen. Da Überliefertes stets angeeignet werden muss, um wirksam zu werden, bedarf es eines innovativen, auf die Zukunft gerichteten Zugriffs. Vor dem Hintergrund einer Welt, die zunehmend aus den Fugen gerät, schlägt Seubert daher vor, Europa aus seinen eigenen Traditionen heraus weiterzuentwickeln. Will die Europäische Union auch künftig eine gestaltende Rolle spielen, darf sie kein rein technokratisches, zweckrationales Projekt bleiben. Vielmehr gilt es, an die kulturellen und geistigen Traditionen Europas anzuknüpfen und so emotionale Bindung und Leidenschaft zu stiften. Seubert begreift dabei die Vielfalt der europäischen Sprachen und Kulturen als besondere Stärke, die es zu nutzen gilt. Entscheidend sei, das Eigene im Anderen und das Andere im Eigenen wahrzunehmen.

Abschließend blicken **Anna Karger-Kroll** und **Markus Vogt** aus der Perspektive der christlichen Sozialethik auf das Verhältnis von Wachstum und Nachhaltigkeit. Die aktuelle Debatte scheint sich dabei in einer „Entweder-Oder“-Rhetorik festgefahren zu haben. Dabei unterschätzen Ansätze des grünen Wachstums eintretende Rebound-Effekte, während Konzepte einer Postwachstumsökonomie der Korrelation von Wirtschaftswachstum mit Lebensqualität, Armutsbekämpfung und sozialer Sicherung zu wenig Beachtung schenken.

Karger-Kroll und Vogt versuchen, diese verhärteten Fronten im Sinne einer ethisch reflektierten Vermittlung zu transzendieren. Sie bauen dabei auf dem Bild des *homo horticus* auf – des Gärtners, der das Wachsende zu pflegen und zu gestalten weiß. So betrachtet, ergänzen die verschiedenen Dimensionen einander: Effizienz durch innovative Techniken geht einher mit Konsistenz durch regenerative Ressourcen und Suffizienz im Sinne einer Hinwendung zu einer nachhaltigeren Grundeinstellung. Dies in konkrete Normen umzusetzen und dabei unterschiedliche Interessen auszugleichen, ist Aufgabe der Politik.

Im **dritten Teil** wird über die Bedeutung von Werten für den Einzelnen und seine Einbindung in das Gemeinwesen nachgedacht. *Susanne Breit-Keßler* nähert sich dieser Frage aus theologischer Perspektive, ausgehend von Glaube und Vernunft. Der Einzelne muss sich immer Gewähr sein, dass er nicht das Maß aller Dinge ist, sodass er sich – schon um seiner selbst willen – ein offenes Herz bewahren sollte. Wer also annimmt, man könne sich hinter dem Glauben dogmatisch verschanzen und sei dann schon im Richtigen, der irrt. Das Gegenteil ist der Fall: Mit dem Glauben geht die Arbeit erst richtig los. Es gilt ihn zu reflektieren, ihn zu befragen und eine persönliche Haltung aus und zu ihm zu entwickeln. Gelingt dies, dann kann der Gläubige sich fruchtbar an der Debatte über Werte beteiligen.

Einen eher politischen Zugang wählt *Johannes Singhammer*. Ausgangspunkt seiner Reflexion ist der Begriff ‚Heimat‘. Sie geht dann verloren, wenn sich immer mehr Menschen durch Elitendiskurse ausgeschlossen fühlen und dadurch eine Entfremdung zu Staat und Gemeinwesen eintritt. Eine demokratische Ordnung lebt jedoch von Mitwirkung und Solidarität – ein Rückzug ins Private bedroht sie existenziell. Singhammer schlägt daher vor, sich auf die Fundamente des Zusammenlebens zurückzubedenken. Es gilt klassische und christliche Tugenden zu pflegen und die deutsche Sprache als Voraussetzung des Austausches zu stärken. Dies ermöglicht dann auch eine ehrliche Debatte über die großen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht. In diesem Sinne macht die Rückbesinnung auf Heimat eine Gesellschaft zukunftsfähig.

Der **vierte Teil** verschiebt den Fokus hin zu konkreten politischen Normen, die aus einer Werteperspektive in den Blick genommen werden. Die Beiträge dieses Abschnitts wurden von den Referatsleitern der Akademie für Politik und Zeitgeschichte der Hanns-Seidel-Stiftung verfasst. *Andrea Rotter* untersucht, inwieweit sich die strategische Kultur Deutschlands seit dem russischen Überfall auf die Ukraine verändert hat. Auf den ersten Blick scheint die Verschiebung gewaltig: Aus der jahrzehntelang gültigen Maxime „Nie wieder“ wurde Merz’ „Whatever it takes“. Rotter sieht darin jedoch keine generelle, sondern lediglich eine graduelle Transformation. Die deutsche Außenpolitik hat weiterhin die Bewahrung der regelbasierten Ordnung zum Ziel – in diesem Sinne bleibt sie wertorientiert. Bloß der Blick auf die Dinge ist nüchterner geworden. Zum einen erkennt die Bundesrepublik zunehmend, dass die Aufrechterhaltung dieser Ordnung nicht nur ihren Werten, sondern auch ihren Interessen entspricht. Sie profitiert schlicht von Völkerrecht und Bündnistreue. Zum anderen findet die Verteidigung von Werten nicht im luftleeren Raum statt, sondern in vorgefundenen weltpolitischen Konstellationen. Dabei verlangen unterschiedliche Lagen nach unterschiedlichen Mitteln um dasselbe Ziel zu erreichen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen klassischer Machtpolitik ist die Zivilmacht Deutschland gezwungen, verstärkt auf Hard Power zu setzen.

**Benjamin Hahn** betrachtet in seinem Beitrag die Mechanismen der Europäischen Union aus der Perspektive der Subsidiarität und plädiert dafür, diese nicht nur als funktionales Ordnungsprinzip, sondern als normativen Maßstab politischer Legitimität zu begreifen. Dies impliziert sowohl klare Grenzen europäischer Zuständigkeiten als auch die prinzipiell reversible Übertragung von Kompetenzen auf die EU, sofern diese der Befähigung der Mitgliedstaaten zur eigenständigen Problemlösung dient. Konkret plädiert Hahn für einen Ausbau des im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Frühwarnmechanismus, etwa durch die Absenkung der Quoren für Subsidiaritätsrügen. Zudem schlägt er die Einführung einer „grünen Karte“ vor: Sie soll den nationalen Parlamenten ein indirektes Initiativrecht bei der Ausarbeitung von Unionsakten durch die Kommission einräumen.

Wertefragen sind in der Sozialen Marktwirtschaft keine Nebensächlichkeiten, sondern systemrelevant, betont **Claudia Schlembach**. Ihren Blick richtet sie dabei auf den Mikrokosmos Unternehmen, in dem sie die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit durch die Erosion zentraler Prinzipien der katholischen Soziallehre gefährdet sieht. So unterminiert die Belohnung blinder Loyalität das Prinzip der Personalität und die Förderung individueller Stärken. Eine ursprünglich subsidiär gedachte Bürokratie verkehrt sich zum Instrument der Kontrolle. Wo schließlich Solidarität egoistischen Nutzenkalkülen weicht, wird der Mensch zum bloßen Mittel individuellen Fortkommens degradiert. Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, so Schlembach, hängt daher maßgeblich davon ab, ob es gelingt, ihr geistig-kulturelles Fundament gegenüber diesen Fehlentwicklungen zu erneuern.

Die Erfolge der Vergangenheit fruchtbar machen, will **Silke Franke**, die die Entstehungsgeschichte der bayerischen Umweltpolitik nach Lehren für Gegenwart und Zukunft befragt. Sie macht deutlich, dass Meilensteine wie die Einrichtung eines Umweltministeriums oder die Gründung des Nationalparks Bayerischer Wald erst im Kontext des christlich-konservativen Weltbilds von Pionieren wie Hans Eisenmann und Max Streibl nachvollziehbar werden. Deren Blick auf Mensch, Natur und Technik war ganzheitlich angelegt und hat sie vor Vereinseitigungen bewahrt. Ausgewogene Verhältnisse – etwa von Freiwilligkeit und Ordnungsrecht – können auch heute für eine gelungene Umweltpolitik bürgen, argumentiert Franke.

**Susanne Schmid** beschäftigt sich mit der deutschen Migrations- und Asylpolitik im Spannungsfeld von Humanität und Ordnung. Dabei betont sie, dass der Gegensatz zwischen den beiden Werten nur scheinbar ist, insofern sie sich gegenseitig bedingen. Es gilt lediglich, sie in Balance zu halten. Unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeutet dies, Migration und Asyl in geordnete Bahnen zu lenken. Schmid warnt davor, dies als Abschottung zu verstehen. Es verhält sich anders: Stabile und rechtsstaatliche Verhältnisse sind geradezu die Voraussetzung für wirkliche Schutzgewähr. Doch wie können konkrete Normen aussehen, welche Humanität durch Ordnung herstellen? Mittelfristig bringt Schmid etwa die Etablierung von Migrationsabkommen ins Spiel, langfristig hält sie allerdings Systemänderungen im Asylrecht für notwendig.

Der Band endet mit meinem eigenen Beitrag (**Thomas Haslböck**). Ich gehe darin der Frage nach, inwiefern eine allgemeine Dienstpflicht dazu beitragen kann, die freiheitliche Ordnung gegen ihre inneren Feinde zu verteidigen. Ein demokratisches Gemeinwesen beruht auf der Bereitschaft zu kompromissorientiertem Streit, dessen Voraussetzung darin besteht, die Position des Gegenübers als grundsätzlich legitim anzuerkennen. Diese Toleranz fehlt antiliberalen und extremistischen Strömungen, die auf eine vollständige Durchsetzung

der eigenen Vorstellungen auf Kosten anderer Lebensentwürfe zielen. Anschlussfähig wird ein solches Denken dort, wo sich unterschiedliche Lebenswelten voneinander entkoppeln. Geraten die Bedürfnisse und Interessen fremder Milieus buchstäblich aus dem Blick und werden dadurch unverständlich, sinkt auch die Bereitschaft zum Kompromiss. Eine allgemeine Dienstpflicht wirkt dem entgegen, indem sie Intergruppenkontakte im Sinne der sozialpsychologischen Kontakthypothese ermöglicht und so gegenseitiges Verständnis fördert.

---

THOMAS HASLBÖCK

ist Leiter des Referats Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Interkultureller Dialog der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung

## Literatur

- Burtscheidt, Andreas: Wie verbrachte die CSU ihre Lehr- und Fliegeljahre? Prägende Gestalten in den Flügel- und Richtungskämpfen der frühen Jahre, in: Höpfinger, Renate (Hrsg.): 75 „Enthüllungen über eine Partei“. Was Sie über die CSU wissen sollten, München 2020, S. 27-30.
- Kimmel, Adolf: Konfession und Wahlverhalten in Deutschland, in: Cahn, Jean-Paul/Kaelble, Hartmut: Religion und Laizität in Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2008, S. 185-193.
- Kroll, Frank-Lothar: Konservatismus in Deutschland nach 1945 – Probleme und Perspektiven, in: Zehetmaier, Hans (Hrsg.): Zukunft braucht Konservative, Freiburg im Breisgau 2009, S. 12-38.
- Maier, Hans: Die Union – eine Nova am Parteienhimmel, in: Zehetmaier, Hans (Hrsg.): Politik aus christlicher Verantwortung, Wiesbaden 2007, S. 73-81.
- Oppermann, Matthias: Konservatismus, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/konservatismus>, ohne Jahr, aufgerufen am 29.01.2026.
- Rödter, Andreas: Konservativ 21.0. Eine Agenda für Deutschland, München 2019.
- Schmitz, Sven-Uwe: Konservatismus, Wiesbaden 2009.
- Waigel, Theo: Die geistigen Grundlagen der Christlich-Sozialen Union, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU, München 1995, S. 15-68.
- Wolkenstein, Fabio: Was ist konservativ an der Christdemokratie?, in: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 53 (3), 2025, S. 295-320.